

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die allgemeine Entwicklung unserer Berichtsperiode hat diesmal von der finanzpolitischen Seite her einen deutlichen Impuls und eine ebenso deutliche Kennzeichnung erfahren, nämlich durch

die Abwertungsbewegung,

welche sich im Gefolge der währungspolitischen Maßnahme Großbritanniens herausbildete. Und was nun im besonderen der Lauf der Dinge in England selbst gezeigt hat, das ist nichts anderes als eine schwere Einbuße für die Labourregierung. Trotz heftigen Widerständen, welche in besonders ausgeprägtem Grade bei dem führenden Kopf der Regierung, Sir Stafford Cripps, festzustellen waren, mußte Labour, also der Sozialismus, dem starken inneren und äußeren Drucke nachgeben, der schon seit Monaten auf ihm lastete. Dabei erwiesen sich beide Spielarten dieses Druckes von vitaler Bedeutung: der innere Druck bildete sich heraus durch die Unmöglichkeit, den Leistungswillen der Werkstätigen und die Struktur der Wirtschaft jener erhöhten Produktivität anzupassen, die für die Durchführung der gewaltigen Aufgaben als unerläßlich erkannt war, welche der Wohlfahrtsstaat stellt. Kein Zweifel, daß eben damit gerade die Labourregierung selbst gezwungen worden ist, den Nachweis zu leisten für die Unmöglichkeit, die massiven sozialen Aufwendungen aus den Mitteln der Produktion des eigenen Landes zu decken, und dies noch zu einer Zeit, da sie der massiven Unterstützungen aus dem Marshallplan in vollstem Maße teilhaftig ist. Kein Zweifel auch, daß das zwangsläufige Eingeständnis dieser Sachlage den großen Eindruck in der gesamten Welt nicht verfehlen wird.

Nicht weniger eindrucksvoll gestaltet sich auch das Bild des äußeren Druckes, der dieser britischen Währungsmaßnahme zu Grunde liegt. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die volle Bewahrung der Selbständigkeit vor den beträchtlichen Auswirkungen der Machtpolitik der Vereinigten Staaten sich für die britische Politik auf die Dauer doch als unmöglich erweist.

Das ist nun eben die Kehrseite des Marshallplans.

Schon lange vertrat man in den führenden Wirtschaftskreisen der Vereinigten Staaten die Ansicht, daß die Überhöhung des britischen amtlichen Wechselkurses wie auch der meisten übrigen europäischen Wechselkurse im Interesse einer Normalisierung, insbesondere aber einer Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu bekämpfen sei, und daß hier eine resolute Lösung getroffen werden müsse, und offensichtlich

hatten die amerikanischen Unterhändler schon im Juli in London klar gemacht, daß ohne eine Bereinigung in diesem Sinne weitere amerikanische Unterstützung nicht zu erhalten wäre. Einen ersten Vorstoß in der Richtung auf eine Lösung der in der zweiseitigen Reglementierung völlig verfilzten europäischen Wirtschaftsbeziehungen hatte schon die amerikanische Leitung des europäischen Marshallplanbüros mit ihrer Forderung auf eine Erweiterung der Verwendungsmöglichkeit bestimmter Marshallplangelder im Laufe dieses Sommers unternommen. Da aber dieser Vorstoß nur zu einem bescheidenen Ziele geführt hatte, und zwar vornehmlich infolge des Widerstandes eben des britischen Finanzministers, hielt man es wohl in Washington — oder besser in New York — für zweckmäßiger, nun einmal aufs Ganze zu gehen, und dazu bot sich anlässlich des sömmerlichen britischen Hilfesuches wegen der sich verschärfenden Dollarnot eine denkbar gute Gelegenheit. Man sieht, daß sie voll ausgenützt worden ist. So hat denn Wallstreet seinen ersten großen Erfolg über Labour davongetragen. Wahrscheinlich wird es eben nicht der letzte sein, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich hier um den ersten, entscheidenden Vorstoß mit dem Ziele handelt, im nächsten Jahre den Sturz des Labourregimes in England herbeizuführen.

Daß die meisten übrigen europäischen Staaten die englischen Abwertungsmaßnahmen übernehmen mußten, war wohl unumgänglich. Im übrigen aber zeigte sich hier, abgesehen von der manifesten Abhängigkeit Europas von den amerikanischen Zielsetzungen, ein ganz offensichtlicher

Mangel an europäischer Solidarität,

der ein bezeichnendes Licht auf Straßburg und die europäischen Einigungsbestrebungen werfen mag. Es hat sich insbesondere erwiesen, daß man in London an der Übung nach wie vor nicht zu rütteln gedenkt, sich in allen wirklich entscheidenden Gesichtspunkten zwar mit dem Commonwealth und seinen Annexen, nicht aber mit den europäischen Partnern ins Benehmen zu setzen. Zwar erforderte die Durchführung der heiklen Abwertungsmaßnahme sicher ein großes Maß von Discretion. Aber anderseits hat man gewiß nicht zu Unrecht gerade in Paris das Mißbehagen zum Ausdruck gebracht über einen Mangel an Zusammenarbeit, der in solchem Ausmaß vermeidbar gewesen wäre, und nicht weniger groß ist das Mißbehagen auch in Italien, wo man ohnehin geneigt ist, gegenüber allen englischen Maßnahmen recht sauer zu reagieren. Offensichtlich sind nun die beiden romanischen Länder in der Fortsetzung des Weges bestärkt worden, den sie bereits andeutungsweise unter die Füße genommen hatten: nämlich sich den amerikanischen Tendenzen möglichst ohne Vorbehalt anzuschließen und so die Bahnbrecher einer Liberalisierung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu werden. Dadurch aber gewinnen die Auswirkungen, die sich im Anschluß an die Abwertungswelle zu bilden vermögen, ein ganz besonderes Interesse. So hat denn die allgemeine Entwicklung einen wesentlichen Stoß nach vorwärts erfahren; was aber heute schon feststeht, das ist die schwere innere und äußere Einbuße, die das Labourregime erfahren mußte.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Während der Berichtszeit überschatteten die Washingtoner Konferenz und die Devaluierung des Pfundes für Großbritannien unstreitbar wichtige Ereignisse, wie zum Beispiel die Wahl des ersten deutschen Bundespräsidenten und Bundeskanzlers und die Straßburger Tagung. Es ist hauptsächlich ein Aspekt der

Washingtoner Ministerkonferenz,

für den sich das englische Publikum interessiert — wenn die Presse, wie in diesem Falle anzunehmen ist, die Lage richtig beurteilt —, nämlich die Frage, wie weit die Besprechungen zur Lösung der britischen Wirtschaftskrise beitragen werden. Niemand unterschätzt die Bedeutung des diplomatischen Meinungs austausches zwischen dem britischen Außenminister Bevin und seinem amerikanischen Kollegen Acheson. Aber es ist einem Volk, das immer wiederkehrender Krisen und Einschränkungen überdrüssig ist, zu verzeihen, wenn es sich im Augenblick mehr für die Lösung des Dollarproblems als die Koordinierung der Außenpolitik der Westmächte im Fernen Osten interessiert.

Schärfer formuliert setzen sich die nationalökonomischen Sachverständigen der englischen Tages- und Wochenpresse mit der Frage auseinander, wie weit der Optimismus des britischen Schatzkanzlers Sir Stafford Cripps zu Beendigung der Finanzbesprechungen gerechtfertigt war. Cripps führte aus, daß die britischen «Reserven jetzt wieder in eine Lage gebracht worden seien, mit der man fertig werden könnte». Er benutzte die Worte «manageable condition». Auf Grund des Schlußcommuniqués waren die ernstesten Tageszeitungen und die politischen Wochenzeitschriften, einschließlich der auf diesem Gebiete maßgeblichen Tageszeitung «Financial Times» und der Wochenzeitschrift «Economist» ziemlich übereinstimmend zum Ergebnis gekommen, daß die in dem Schlußcommuniqué erwähnten amerikanischen und kanadischen Konzessionen Cripps' Äußerung nicht rechtfertigen. Nur wenige Punkte des Programms dürften Großbritannien in der nächsten Zukunft helfen. In diese Gruppe fällt das Versprechen einer erhöhten amerikanischen und kanadischen Lagerhaltung von Waren wie Gummi und Zinn; eine größere Konkurrenzfreiheit, welche die Vereinigten Staaten dem Naturgummi zugestehen werden; dann die Aufhebung gewisser Beschränkungen in der Anwendung der Marshallhilfe. Leider sind die Ersparnisse an Dollars bei diesen Posten auch hier nur verhältnismäßig gering und reichen allein niemals aus, das Dollardefizit des Sterling-Blockes zu überbrücken.

Neben diesen Sofortmaßnahmen besteht aber die Absicht, die Dollarknappheit des Sterling-Blockes noch in anderer Weise zu lindern. Die Investierung amerikanischen Privatkapitals im Ausland soll gefördert werden. Die Vereinigten Staaten wollen das Zollverfahren für Import vereinfachen und gewisse Zölle weiter senken. Die amerikanische Regierung «erwägt» (considers) eine

Liberalisierung des innereuropäischen Handels.

Dies bezieht sich auf die Auslegung des 9. Abschnittes des englisch-amerikanischen und des 5. Artikels des englisch-kanadischen Finanzabkommens. Die Bedingungen, um die es sich hier handelt, sind Großbritannien bei der Lösung der Dollarschwierigkeiten sehr hinderlich gewesen, denn sie verbieten es diesem Land, seine Käufe in Nichtdollarländern zu verstärken, ohne gleichzeitig in den Dollarländern mehr zu kaufen. Um die Schwierigkeiten der «Sterling Balances», hauptsächlich noch Kriegsschulden, zu mildern, «wird noch weiteres Studium nötig sein». Außerdem ist dies «ein Thema, das auch andere Länder angeht». Man sieht also, daß außer den Sofortmaßnahmen noch sehr wenig definitiv geregelt

ist. Bei der Vereinfachung des Zollverfahrens kann der amerikanische Kongreß noch Schwierigkeiten machen. Privatinvestierung kann nicht von der Regierung diktiert werden; sie hängt auch von den Maßnahmen der Länder ab, in denen investiert werden soll. Um das Problem der «Sterling Balances» zu lösen, sind Besprechungen in noch größerem Rahmen notwendig.

Man kann den Wortlaut des Washingtoner Communiqués mit der oben erwähnten Erklärung von Sir Stafford Cripps nur in Einklang bringen, wenn man mit dem Schatzkanzler übereinstimmt, daß die Devaluierung des Pfundes die Senkung der Erzeugungskosten erreichen wird, die das Communiqué als ein Hauptziel der britischen Regierung erwähnt. Die ziemlich geschlossene Ablehnung des Cripps'schen Optimismus vor der Devaluierung durch die ganze führende politische, finanzielle und nationalökonomische Tages- und Wochenpresse kann nicht als Parteipolemik abgetan werden, da sie sich auf genaue, sachliche Kritik der offiziellen Nachrichten stützt. Außerdem kommt die Kritik keineswegs nur von der Rechten. Cripps ist auch als Schatzkanzler von seinen Gegnern immer mit großem Respekt behandelt worden. Er ist in der Tat einer der wenigen Minister von Format, über welche die «Labour Party» verfügt. Einer der führenden britischen Anwälte, hat er sich als Minister nur selten dazu hinreißen lassen, bei Finanz- und Wirtschaftsfragen den sicheren Boden der Tatsachen zu verlassen. Sind Cripps in Washington geheime Zusicherungen von den amerikanischen Ministern gemacht worden? Die amerikanische Regierung war bei der Abfassung des Communiqués natürlich darauf bedacht, den Kongreß nicht zu reizen. Aber gerade weil die Großbritannien im großen Ganzen wohlwollend gegenüberstehende amerikanische Regierung wohl weiß, wie wenig die amerikanische Volksvertretung — und im besonderen verschiedene Senatoren — bereit sind, Großbritannien noch mehr zu helfen als es im Augenblick der Fall ist, wird es dem amerikanischen Finanzminister Snyder nicht möglich gewesen sein, noch weitere Konzessionen zu machen. Roosevelts außerparlamentarische Kriegsmethoden finden keine Anwendung auf Friedenszustände. Die Vereinigten Staaten können Großbritannien nur dann noch mehr bei der Lösung der Dollarkrise helfen, wenn die große Mehrheit des amerikanischen Volkes die hilfsbereite Politik ihrer Regierung billigt. Im Augenblick ist dies wahrscheinlich noch nicht der Fall.

Immerhin ist ein Anfang gemacht. Das Communiqué, das zum Beispiel zum ersten Mal offiziell erklärt, daß

«hohe Zölle mit der Stellung einer Gläubigernation unvereinbar sind»,

wird zum Verständnis des amerikanischen Volkes für seine neuen Verantwortungen beitragen. In diesem Sinne war Washington auch in bezug auf die Lösung der britischen Dollarkrise ein Erfolg — aber auf lange Sicht. In England sagt man: «The proof of the pudding is in the eating» (Um über die Speise urteilen zu können, muß man sie essen). Und so hängt der Wert der Washingtoner Besprechungen zum größten Teil von der Ausführung der guten Vorsätze aller Parteien ab, Großbritanniens sowohl wie der Dollarnationen. Bei den Imponderabilien der Lage ist es aber zu früh, von einer Lösung der britischen Dollarkrise zu sprechen.

Der Optimismus des britischen Schatzkanzlers stützt sich natürlich weitgehend auf seine Hoffnung, daß die Devaluierung des Pfundes von ungefähr \$ 4.00 auf \$ 2.80 — also auf rund 70 % — die britische Industrie auf dem amerikanischen Markt so konkurrenzfähig machen wird, daß die Dollarverdienste Großbritanniens entscheidend und ausreichend zunehmen. Die Entscheidung, zu devaluieren, war sicher ein harter Bissen für eine Regierung, die vorher u. a. aus dem Grunde gegen diese Maßnahme war, weil sie erklärte, daß sie zur Arbeitslosigkeit führen würde. Jetzt rechtfertigt Cripps Devaluierung damit, daß sonst Arbeitslosigkeit nicht zu vermeiden wäre. Die Presse teilt Cripps' Enthusiasmus in bezug auf die Devaluierung nicht. Der Ernst der Lage wird allgemein anerkannt. Man fragt sich, ob die Regie-

rung stark genug sein wird, die höhere Produktion der Industrie durchzusetzen, ohne welche Devaluierung nur ein sehr kostspieliges Experiment sein würde. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Arbeiterschaft bereit sein wird, die nötigen Opfer zu bringen. Zwar haben einige der höheren Gewerkschaftsführer den Ernst der Lage anerkannt und sich für eine nationale Politik eingesetzt und verlangt, daß man das engstirnige Eintreten für Klasseninteressen im Augenblick der Krise aufgebe. Aber wahrscheinlich werden die höheren Preise, welche die Devaluierung teilweise mit sich bringen wird, trotzdem zu erhöhten Lohnforderungen führen. Die Presse rügt übrigens die Feigheit der Regierung, die bisher nicht den Mut gehabt hat, zu betonen, daß allgemein höhere Preise von Dollar-Importartikeln die notwendige Folge der Devaluierung sind.

Immerhin darf man nicht zu kritisch sein. Man muß abwarten, wie sich die Devaluierung auswirkt. Wenn die Washingtoner Finanzministerkonferenz auch nicht die britische Dollarkrise gelöst hat, so bahnt sie doch eine Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiete an, wie es sie seit dem Kriege schon auf politischem Gebiete gibt. Die britischen Minister haben sehr richtig darauf hingewiesen, daß man die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Aspekte der Stellung der Demokratie in der Welt nicht trennen kann. Großbritannien und die USA sind aufeinander angewiesen. Deswegen ist es viel wert, daß das Schlußcommuniqué in so versöhnlichem Tone abgefaßt ist, völlig frei von den Disharmonien, die man öfters — inoffiziell — auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans hört.

Ignotus II

Brief aus Frankreich

Nach einer ungewöhnlich langen Arbeitsperiode hat sich die französische Kammer ausgiebige Ferien gegönnt; sie tritt erst am 18. Oktober wieder zusammen. Es wäre dennoch irrig, zum Schlusse zu gelangen, daß auch die Regierung bis dahin ein behagliches Dasein führen kann. Wohl verliefen die letzten Wochen in Frankreich ergebnislos, und man denkt dabei unwillkürlich an das Wort des großen französischen Historikers Michelet: «Heureux les peuples qui n'ont pas d'histoire». Gewiß wird Ministerpräsident Queuille die Periode seit Beginn der Kammerferien zu den schönsten Zeiten seiner nunmehr über ein Jahr währenden Regierungsperiode rechnen. Aber schon vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten setzen die Sorgen wieder ein.

Das Tagesproblem bildet, wie schon so oft seit Kriegsende, der soziale Frieden und im Hintergrunde taucht noch einmal — vielleicht zum letzten Male für lange Zeit — die Sorge um den Franc auf, den erneute Streikwellen oder etwaige massive Lohnerhöhungen wieder aus den Fugen bringen könnten.

Die Spaltung der Nation in zwei gegnerische soziale Lager

reicht in Frankreich weit zurück, aufgedeckt wurde sie aber erst durch den Regierungsantritt von Léon Blum im Jahre 1936. Kein Franzose wird bestreiten, daß das Land zu jener Zeit in sozialpolitischer Hinsicht rückständig war und daß einschneidende Reformen überfällig waren. Rückblickend darf auch behauptet werden, daß das sozialpolitische Werk der Volksfront richtig erdacht war, und wenn es nicht von Anbeginn an reibungslos funktioniert hat, so ist dies für den Kenner der Massenpsychologie durchaus verständlich. Die Reaktionen der Menge — einer ganzen

Nation — sind eben unmittelbarer und weniger ausgeglichen als die Stellungnahme des Einzelnen zu einer neuen Lage. Immerhin waren die Wellen von überstürzten Begehren der ehemals Benachteiligten, die sich an der ablehnenden Haltung der früheren Nutznießer wie an einem Damm brachen und zischend ihren Schaum in das politische Leben spritzten, bereits im Abebben begriffen. Durch den Krieg und dessen verheerende Folgen auf das Wirtschaftsleben wurden die sozialen Abstände wieder stark zugespitzt. Damit sei gewiß nicht behauptet, daß die oberen Gesellschaftsschichten nicht gleichfalls arg hergenommen wurden, und auch in Frankreich sind manche ehemals für die «misera plebs» verschlossen gewesene Pforten geöffnet worden. Bloß nimmt der Vorgang dort einen etwas verschiedenen Verlauf von dem, den man in England beobachtet. Im Inselreiche gestatten die Träger historischer Namen, die Herzoge und Marquesses, an Sonn- und Feiertagen gegen Eintrittsgebühr die Besichtigung ihrer Schlösser und Gärten; in Frankreich hingegen ist der Einzug des Irdischen in die Elysäischen Gefilde auf die Werkstage beschränkt — denn die hocheleganten Paläste im Stadtviertel der Champs Elysées verwandeln sich in Büroräumlichkeiten und der Besitzer begnügt sich mit einer Zweizimmerwohnung in der meist nur auf einer schmalen Wendeltreppe erreichbaren Mansarde. Immerhin, er hat noch etwas zu vermieten, und auch wenn er sich einschränkt, bleibt seine Lebensführung durchaus angenehm, wogegen es in den Arbeitervierteln manchmal arge Momente gegeben hat. Denn die Preise benahmen sich nach Kriegsende ungebärdig und die Lohnregelungen kamen ihren unberechenbaren Anwallungen nicht immer rechtzeitig nach. Der Arbeiter aber saß nicht in einer gepolsterten Existenz, die den ersten Schock aufgefangen hätte, er bekam diesen unmittelbar in seinem Alltag zu spüren. Dies erzeugte in ihm Erbitterung; und nur so läßt es sich erklären, daß eine intellektuell so hochstehende Nation wie die französische in der Nachkriegszeit nur mühsam zum logischen Denken in Wirtschaftsfragen gebracht werden konnte.

Diese Unzufriedenheit spukt nun in vielen Köpfen noch weiter und droht, wenn auch abgeschwächt, wieder wirksam zu werden. Denn die Preisrückgänge, von denen die Regierung zu Jahresbeginn wie von einem unmittelbar bevorstehenden Vorgang sprach, sind fast ganz ausgeblieben. Und unbestreitbar ist

das Lebensniveau des ungelerten Arbeiters sehr eingeengt,

wogegen die gelernten Arbeiter weder von der Arbeitslosigkeit bedroht werden, noch von einer «Verelendung» sprechen dürften. Es fragt sich nun, welche sofort wirksame Maßnahmen die Regierung ergreifen wird, um die Spannungen abzuwehren. Und hier berührt sich das Problem mit der

Stabilität des Franc,

die jetzt, knapp nach der neuen Abwertung, mit besonderer Sorgfalt gegen etwaige Störungsfaktoren zu hüten ist. Schon seit einem Jahre galt es für die Regierung als eine der Hauptaufgaben im Felde der Wirtschaftspolitik, die Landeswährung endlich gegenüber den stabilen Währungen der Weltwirtschaft fest zu verankern, und hernach in der öffentlichen Meinung des Landes Vertrauen zum Franc zu wecken. Dieses Werk ist ihr so weitgehend gelungen, daß der Franc sich im Abwertungswirbel der letzten Wochen als durchaus seetüchtig erwiesen hat. Sollte ihm jetzt eine neue Krise aus der Richtung der Innenpolitik drohen?

Eine Landeswährung kann zwei Gefahren ausgesetzt sein: ein Defizit im Staatsbudget kann zur Vermehrung des Notenumlaufes verleiten, oder die Produktionskosten sind so hoch, daß das interne Preisgefüge den Kontakt mit dem Weltmarkt über die Brücke der Währungsparitäten nicht mehr aufrechterhalten kann. Der Franc litt früher gleichzeitig unter diesen beiden Erkrankungen, und dies erklärt seine

andauernde Schwäche vom Kriegsende bis etwa Ende 1948. Inzwischen ist die erstgenannte dieser beiden Fehlerquellen ausgeschaltet worden. Schon das Budget für das laufende Jahr hat mit den üblen Gepflogenheiten, die in den Jahren der Not eingerissen sind (und damals entschuldbar waren), aufgeräumt; jetzt will Finanzminister Petsche endgültig durchgreifen und erstaunt sieht man, daß Anfang September bereits emsig am neuen Budget gearbeitet wird, wo früher die Besprechungen erst Mitte November begonnen haben. Wir wollen den Ereignissen nicht voraus-eilen, man sieht noch nicht, wie es gelingen soll, für sämtliche staatliche Aufgaben des kommenden Jahres die finanzielle Deckung sicherzustellen; vor allem bleibt abzuwarten, ob der nur langsam vor sich gehende Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch die erfolgreiche Unterbringung von Anleihen einen kräftigeren Schwung erhalten wird. Es ist gewiß nicht die Absicht der Regierung, diese Hilfspflicht der Nation gegenüber denjenigen, die (in materiellem Sinne) vom härtesten Los getroffen wurden, noch weiter zu vernachlässigen, aber schon heute weiß man, daß der Finanzminister diese extrabudgetären Ausgaben nur in dem Ausmaße bewilligen wird, wie sie durch Kapitalabschöpfung, somit unter strenger Ausschaltung aller inflationsähnlichen Finanzkunststücke, gesichert sind.

Nun könnte man darauf erwidern, daß die Kriegsgeschädigten nur auf moralische Rechte pochen können, daß somit ihre gewiß berechtigten Ansprüche nicht jenes politische Gewicht haben wie die Forderungen der Arbeiterschaft auf Lohn-erhöhungen. Somit wäre von den beiden Erkrankungen des Francs nur eine, die wohl auch ernst, aber leichter zu behandeln war, geheilt wurde, womit aber der Kranke noch nicht gerettet ist. Es kommt tatsächlich alles darauf an, ob es der Regierung gelingt, ein Lohnniveau zu finden, das das inländische Preisniveau bei der neuen Währungsparität mit den Weltmarktpreisen in Einklang hält, besser gesagt bringt.

Man würde einem unvertretbaren Optimismus verfallen, wollte man daraus, daß Ministerpräsident Queuille in manchem schier unlösbaren Konflikt eine Verständigung zustande brachte, schließen, daß ihm auch dieser Wurf gelingen muß. Man darf aber füglich so viel sagen, daß die Voraussetzungen hiefür heute besser sind als jemals seit Kriegsende. Denn der Einfluß der Kommunisten ist seit zumindest zwei Jahren leicht, seit dem mißlungenen Streik in den Kohlengruben im Oktober-November 1948 aber stark rückläufig. Da nun der französische Arbeiter durch die Entwicklung gegen die ideologische Verhetzung weitgehend gefeit worden ist (er hat sehr klare Begriffe über weltpolitische Zusammenhänge und sieht den deutlichen Niedergang des Kommunismus überall im Westen, und sogar hinter dem Eisernen Vorhang), läßt sich mit ihm vernünftig reden. Die größte Kraftquelle des französischen Volkes liegt eben im

«esprit cartésien»,

in seiner von keinem anderen Volke erreichten Präzision im Denken. Unfehlbar sind auch die Franzosen nicht, aber sie fanden von den politischen Irrwegen immer wieder zur richtigen Lösung zurück, eben weil sie sich nicht endlos durch Gefühle und Vorurteile leiten lassen, sondern nach der ersten Aufwallung zum nüchternen Denken zurückkehren. Das hat sich im Laufe ihrer Geschichte immer wieder gezeigt, und hiedurch erklärt es sich, daß Frankreich in den Momenten seiner Größe manchmal versagte, aber in den Augenblicken der Not sich immer aufzuraffen wußte. Daß es keinen Wohlstand ohne vorangehende hohe Arbeitsleistung gibt, weiß heute jeder Franzose. Gewiß sind die sozialen Unterschiede noch immer nicht auf jenes Ausmaß reduziert worden, die sie in der Schweiz kennzeichnen; der französische Arbeiter muß auch noch erlernen, daß nicht nur Braten und Rotwein, sondern auch die Sozialversicherung und das Schulwesen Bestandteile des Lebensniveaus bilden. Erst wenn er dies eingesehen hat, wird er begreifen, daß er seine Forderungen in

der Vergangenheit oft überspitzte, weil er von einem irrigen Lebenskostenindex ausging. Die zweihundert zehn Stock hohen Wohnhäuser mit Kleinwohnungen, welche die Gemeinde Paris baut und in welchen die Mieten nur genau 50 % des kommerziell vertretbaren Betrages erreichen werden, bilden in diesem Sinne einen Beitrag zur Senkung des Kostenindex in Paris, und für viele Familien werden sie mehr Vorteile bringen als ihnen die Verdoppelung des Preises der Karotten gegenüber dem Vorjahre Schaden zufügt. In seiner heutigen Stimmung wird der französische Arbeiter diesen Zusammenhängen mehr Beachtung schenken als noch vor einem Jahre, und wenn er auch von seinen Forderungen nicht gleich abgeht, darf man seiner Logik doch vertrauen, daß sie einen Großkampf unter solchen Umständen als nicht vertretbar ablehnt. So wird es, wenn nicht alles trügt, zu keinen ernststen sozialen Unruhen kommen und die Regierung wird den Neubewerteten Franc über die bevorstehende — vielleicht letzte — Klippe hinüberretten.

* * *

Brief aus Berlin

Im Verlaufe des denkwürdigen Blockadekampfes wurde das eindruckliche Bild vom Vorposten Berlin geprägt —

Vorposten der westlichen Demokratie

im sowjetisch besetzten und beherrschten Osten. Der aus der militärischen Denkweise stammende Begriff des Vorpostens charakterisiert nach wie vor am besten die Lage in der ehemaligen deutschen Hauptstadt; er gibt dem ganzen Leben sein Gepräge: von der wirtschaftlichen Lage bis zur Mentalität des Berliners. Wohl wird der Vorposten Berlin zur Zeit nicht sichtbar mit so massiven Gewalt- und Druckmitteln umkämpft wie während der Blockade, doch ist sich jeder klar denkende Berliner vollkommen bewußt, daß dieser Kampf jederzeit wieder ausbrechen kann. Illusionslos gibt man sich Rechenschaft darüber, daß man höchstens eine Runde gewonnen hat. Die schleichende Unsicherheit, die Unklarheit über das was der nächste Tag bringen wird, schafft eine merkwürdige, für den Berliner typische seelisch-geistige Verfassung, eben das, was man als Vorpostenmentalität bezeichnen könnte: ein schwer zu analysierendes Gemisch von drückender Resignation und immer wieder durchbrechendem Optimismus, allenthalben gespickt mit dem sprichwörtlichen Berliner Humor. Man pocht sehr selbstbewußt auf den eigenen Durchhaltewillen, der sich ja auch glänzend bewährt hat, um im nächsten Augenblick sich eingestehen zu müssen, daß man eigentlich vollständig vom Westen abhängig sei; man macht große Pläne für den Wiederaufstieg Berlins und findet große Worte für seine wichtige deutsche und europäische Sendung, um gleich darauf einzusehen, daß man schon von den unmittelbaren Problemen des Tages fast erdrückt wird.

So schwingt das Pendel hin und her zwischen Angst und Hoffnung — Hoffnung darauf, wieder in die volle Lebensgemeinschaft des Westens aufgenommen zu werden und Angst davor, von demselben Westen schließlich doch preisgegeben zu werden, vom Vorposten zum verlorenen Posten zu werden. Halb hoffend, halb ängstlich, bald freudig, bald skeptisch, so blickt der Berliner nach dem Westen, wobei für ihn in diesem Begriff deutscher Westen und europäischer Westen sehr oft zusammenfließen. Wie denn überhaupt weltweiter Horizont und weltoffener Geist des Berliners bemerkenswerteste Eigenschaften sind. Immer, wenn ich nach diesem Phänomen fragte, wies man auf die heilsame Wirkung der Bekanntschaft mit den Russen hin. Und manch einer ließ durchblicken, daß ein bißchen von dieser heilsamen

Medizin vielen «Westlichen» sicher auch nicht schlecht bekommen würde (wenn man natürlich auch niemand was Schlechtes wünsche). Sicher würde dies auf die sehr ansteckende Krankheit eines engstirnigen Nationalismus, die in Westdeutschland schon wieder umherschleicht, die beste Wirkung haben. Von jeglichem ungesunden Nationalismus frei, sieht Berlin seine deutsche Aufgabe vor allem darin, Brücke zwischen Westen und Osten zu sein: sich zum Westen bekennen und den Osten nicht vergessen ist die Aufgabe. Wohl hat Berlin einen der Sowjetzone nun praktisch einverleibten Ostsektor; doch man weiß, daß die Menschen in Lichtenberg und Pankow gleich denken und fühlen wie in Charlottenburg und Zehlendorf, man fürchtet aber, daß die Menschen in Frankfurt und München vergessen könnten, daß die Deutschen in Leipzig und Halle, in Magdeburg und Rostock Mitbürger und Mitbrüder sind, die nur einen Wunsch hegen: so rasch wie möglich aus dem SED-Paradies erlöst zu werden. Jene Entwicklung zu verhindern, fühlt sich Berlin berufen; es will das gesamtdeutsche Gewissen lebendig erhalten. So bereitet sich Berlin auch geistig auf seinen eigentlichen Beruf vor: deutsche Hauptstadt zu sein.

Der politische Wille ist in Berlin somit ausgesprochen konstruktiv und positiv — was leider von Westdeutschland nicht im selben Maße behauptet werden kann. Man ist gewillt, alle Kräfte zu fördern, welche eine vernünftige politische Neugestaltung Deutschlands versprechen. Die Konstituierung des westdeutschen Staates wird daher überwiegend begrüßt — mit den oben angedeuteten Vorbehalten. Auch die Einstellung zu den Besatzungsmächten ist in Berlin viel positiver als im Westen; man weiß hier was die alliierte Hilfe bedeutet.

Diesem erfreulichen Bild im politischen Blickfeld steht der erschreckende Ausblick auf die wirtschaftliche Lage gegenüber.

Daß die Wirtschaftslage Berlins schlecht ist,

kann den einigermaßen Eingeweihten nicht verwundern — verwunderlich ist höchstens, daß sie nicht noch schlechter ist. Man muß davon ausgehen, daß die Berliner Industrie durch Kriegszerstörungen und Demontierungen der Russen zu 85 % vernichtet worden war. Der Wiederaufbau hatte von jeher mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen: Mangel an Rohmaterial (wegen der Transportkosten), Fehlen von Investitionen und Krediten (wegen der politischen Unsicherheit und Angst vor der russischen Gefahr), Verboten der Militärregierungen (die so weit gingen, für wiederaufgebaute Werke erneute Demontage zu befehlen!). Ferner ist zu bedenken, daß die Industrie in Berlin vor allem Veredelungsindustrie ist ohne jegliche Rohstoffbasis auf eigenem Gebiet. Sie ist daher, genau wie die schweizerische Industrie, auf flüssigen Austausch von Rohmaterial und Fertigprodukten angewiesen; wenn dieser Kreislauf stockt, dann wird die Lage schwierig. Berlin ist in einer grundsätzlich ähnlichen, nur noch viel schwierigeren Lage als die Schweiz zur Zeit des Weltkrieges, als sie vollständig von den Achsenmächten eingeschlossen war. Berlins Wirtschafts- und Finanzlage kann deshalb nur verbessert werden, wenn die Stadt dem westdeutschen und damit auch dem westeuropäischen Wirtschaftssystem angeschlossen wird. Vom Osten ist kaum viel zu erwarten, schon deshalb, weil Sowjets und SED an einer wirtschaftlichen Gesundung der umstrittenen Stadt kein Interesse haben können — solange sie «westlich» bleibt. Dazu kommen die Schwierigkeiten, welche aus dem Nebeneinander der zwei Währungen entstehen: der Osten kann die teuren Erzeugnisse Westberlins gar nicht kaufen, kann aber andererseits diese teuren Produkte jederzeit dank der billigen Ostmark erheblich unterbieten. Es ist vollkommen zwecklos, Geld in die ausgepowerte Stadt hineinzupumpen, da es, aus Mangel an Gegenwerten aus eigener Produktion, sofort in die Zonen abzufließen beginnt; es ist wie ein Faß ohne Boden. Schließlich darf man nicht vergessen, daß Berlin wirtschaftlich vor allem auch davon gelebt hat, Hauptstadt eines großen Landes zu sein. Es ist somit für Berlin nicht nur eine politische,

sondern auch eine wirtschaftliche Lebensfrage, ob es diese ihm geschichtlich wohl zukommende Rolle in absehbarer Zeit wieder spielen können. Als weiterer negativer Faktor im Wirtschaftsleben ist

die überdimensionierte Verwaltungsbürokratie der Stadt

in Rechnung zu stellen. Ungeheure Mehrbelastungen bringt hier natürlich schon die Spaltung der Stadtverwaltung. Aber viele Unzulänglichkeiten gehen wohl auch auf das Konto der in den Westsektoren selbstherrlich regierenden Sozialdemokraten. Auf ihre Bürokratisierungswut sei es mit zurückzuführen, daß in Berlin wohl sehr viele Leute sehr beschäftigt seien, aber doch sehr wenige wirklich arbeiteten. Die Unzufriedenheit mit der SPD geht jedenfalls tief, und man geht wohl kaum fehl, eine wesentliche Verschiebung des politischen Schwergewichtes nach rechts anzunehmen. Wie sich übrigens die Tatsache auswirken wird, daß in Westdeutschland bürgerlich, in Berlin aber sozialdemokratisch regiert wird, ist auch noch nicht abzusehen. Das Resultat jeglicher Beurteilung der wirtschaftlichen Lage steht jedenfalls fest: nachdem Berlin vor der politisch-militärischen Gefahr der Blockade gerettet worden ist, muß es auch vor der wirtschaftlich-finanziellen Katastrophe bewahrt werden. Auch diese Aufgabe kann nur durch die vereinigten Kräfte des Westens, des Westens im weitesten Begriff, gelöst werden.

Von diesen düstern wirtschaftlichen Hintergründen ist allerdings kaum etwas zu spüren, wenn man durch die Geschäftsstraßen Berlins schlendert — im Gegenteil. Nach all dem was hier feilgeboten wird, würde man auf den höchsten Lebensstandard schließen. Wenn irgendwo, dann trifft hier das Wort zu, daß der Schein trügt. Berlin hat sich nach Aufhebung der Blockade in der Tat auch schlagartig dem Lebensniveau des Westens angepaßt. Es war, wie wenn man die Schleusen eines Stausees geöffnet hätte; tatsächlich stauten sich ja damals die Lastzüge auf Schiene und Straße regelrecht an der Zonengrenze, um mit dem Hochgehen des Schlagbaumes wie freigelassene Wassermassen sich auf Berlin zu stürzen. Kauforgien und Essenstaumel der ersten Tage sind aber längst vorüber, — und heute sitzen die Geschäftsleute auf ihren aufgestapelten Waren und haben Mühe, sie an den Mann zu bringen. Die Geldknappheit ist geradezu verheerend, was nach den eben geschilderten wirtschaftlichen Nöten auch nicht mehr verwundern kann. Man bedenke in diesem Zusammenhang, daß weit mehr als eine Million Westberliner von Unterstützungen leben (Rentenempfänger, Kurzarbeiter, Arbeitslose) — Sozialhilfen, die natürlich nicht hoch angeschlagen werden können bei der katastrophalen Finanzlage der Stadt. Schon werden die Gehälter vom Magistrat nur ratenweise und oft mit großer Verspätung ausbezahlt. Ist es daher ein Wunder, daß es sozusagen Usus geworden ist, die Wohnungsmiete nicht mehr oder nur teilweise zu bezahlen? Was natürlich andererseits nicht dazu angetan ist, die Baulust der Häuserbesitzer zu animieren. So zieht eines das andere nach, um das Maß der Nöte und Probleme wirklich voll zu machen.

Daß durch diese wirtschaftliche Misere auch

geistiges und künstlerisches Leben

in Mitleidenschaft gezogen werden, ist leicht einzusehen. Wissenschaftler und Künstler leben ja schließlich nicht vom Geist allein. Die Freie Universität zum Beispiel, die im Kampf um die Freiheit der Wissenschaft durch einen echten Pioniergeist geschaffen worden ist, sieht sich heute, trotz großzügiger finanzieller Aufbauhilfe, einer sehr ernsten Lage gegenüber. So ist denn die Frage aufgeworfen worden, ob man diese Universität, welche allein Anspruch erheben kann, die wahre Tradition der von Humboldt gegründeten Berliner Universität weiterzuführen, dem neuen westdeutschen Bundesstaate unterstellen solle. Daß sie nicht dem wirtschaftlichen Ruin

anheimfallen darf, darüber dürfte eigentlich kein Zweifel bestehen; es wäre Verrat am so viel beschworenen europäischen Geiste, dessen junger und zarter, aber hoffnungsvoller Sproß die Freie Universität ist.

Wie in ganz Deutschland, so stand auch in Berlin das geistige Leben in diesem Spätsommer durchaus im Banne Goethes. Die Freie Universität war die tragende Kraft der zum 200. Geburtstage des großen deutschen Dichters und Denkers gebotenen Veranstaltungen. Erwähnt seien hier nur die sehr gediegene Ausstellung «Goethe und seine Zeit», zu welcher der derzeitige Rektor Edwin Redslob, selbst Weimaraner und namhafter Goetheforscher, einen wesentlichen Teil der Manuskripte, Briefe, Bücher, Stiche, Möbel und Geräte aus persönlichem Besitz beisteuern konnte; dann eine sehr aparte, vom Collegium musicum der Freien Universität dargebotene «Abendmusik bei Goethe», welche Gedichte des Meisters in der Vertonung Zelters, Reichhardts und Beethovens zu Gehör brachte und den Hörer durch Aufmachung und Durchführung vollkommen in Stil und Geist der Goethezeit zu versetzen vermochte. Die Goethefeier des Magistrats soll, nach dem Urteil populär sein wollender Kritiker, zu akademisch ausgefallen sein; wozu nur zu bemerken wäre, daß ein etwas akademischer und aristokratischer Goethe immer noch besser und vor allem echter ist als der popularisierte Ostzonen-Goethe, der sogar den Aktivistenehrungen Gevatter stehen mußte.

Am schönsten und unmittelbarsten offenbart sich die ungebrochene Vitalität des Berliner Geistes im

Musik- und Theaterleben.

Trotz der schweren Finanzkrise hat die Stadt es sich nicht nehmen lassen, den Titania-Palast neu auszubauen und vor allem seine Akustik zu verbessern, so daß das vorzügliche Orchester der Berliner Philharmoniker in der neuen Konzertsaison in einem einigermaßen adäquaten Raume wird musizieren können. Das Theaterleben ließ sich, trotz der denkbar schlechtesten Aussichten in materieller Hinsicht, sehr rege an und die Litfaßsäulen prangten von Ankündigungen für die eben anhebende neue Theaterzeit. Falls künstlerisches und geistiges Leben wirklich Gradmesser sind für die Lebenskraft und den Lebenswillen einer Bevölkerung, dann kann einem um Berlin wirklich nicht bange sein — insofern es von den Berlinern selbst abhängt. Schließlich wäre vielleicht noch erwähnenswert, daß nun auch Berlin über seinen Existentialistenzirkel verfügt, der sein Lokal in der sogenannten «Badewanne» hat. Ob er wohl auch seinen Sartre hervorbringen wird?

Walther Hofer

Militärische Umschau

Freie Bahn für die Neuorganisation der Armee

Auf Grund unserer Verfassung unterlag das Bundesgesetz vom 1. April 1949 über die *Abänderung der Militärorganisation* dem fakultativen Referendum. Die gesetzliche Referendumsfrist ist am 6. Juli unbenützt abgelaufen. Somit hat das Schweizervolk der Gesetzesänderung stillschweigend zugestimmt und die Neuordnung der Heeresklassen, die bescheidene Verbesserung der Ausbildung und die Neuregelung des Oberbefehls im Aktivdienst gebilligt. Gemäß Botschaft vom 19. Juli 1949 über die Militärdienstleistungen im Jahre 1950 ist die Inkraftsetzung des erwähnten Bundesgesetzes auf den *1. Januar 1950* zu gewärtigen. Der Jahreswechsel bildet

ohnehin für die militärische Ausbildung, Verwaltung und Kontrollführung einen tiefen Einschnitt. Auf diesen Zeitpunkt erfolgen die Übertritte in andere Heeresklassen, die meisten Beförderungen und Kommandoübertragungen und der Wechsel der jährlichen Ausbildungsperioden. Der Jahreswechsel ist somit der gegebene Zeitpunkt für Änderungen im Militärorganisationsgesetz. Die frühzeitige Bekanntgabe dieses Termins ermöglicht es den militärischen Verwaltungs- und Kommandostellen, alle Vorbereitungen für das militärische Ausbildungs- und Verwaltungsjahr 1950 bereits auf Grund der neuen Bestimmungen zu treffen.

Die *Neuordnung der Heeresklassen* bildet die wesentliche Neuerung des Gesetzes. Sie schafft neue Grundlagen für den organisatorischen Aufbau des Heeres. Die Unterschiede zur bisherigen Regelung der MO von 1907, ergänzt durch Bundesgesetz vom 22. Dezember 1938 (Ausdehnung der Wehrpflicht), sind aus der nachfolgenden Gegenüberstellung ersichtlich:

Heeresklasse:	MO 1907/38	MO 1949
Auszug	20.—32.	20.—36. Altersjahr
Landwehr	33.—40.	37.—48. Altersjahr
Landsturm	41.—48.	49.—60. Altersjahr
Hilfsdienst (altershalber)	49.—60.	— Altersjahr

Die 1938 eingeführte Einteilung ausgedienter Soldaten im Hilfsdienst, nach Vervollendung des 48. Altersjahres, erwies sich sehr bald als *psychologischer Fehler*. Der Soldat, der 28 Jahre lang in Auszug, Landwehr und Landsturm seine Soldatenpflicht erfüllt hatte, litt unter der Kränkung, vom 49. Altersjahr an der gleichen Organisation anzugehören wie Leute, die aus sanitärischen Gründen überhaupt keine militärische Ausbildung und Erziehung genossen hatten und die nur im Aktivdienst zum HD herangezogen wurden. Das gesunde soldatische Empfinden wurde durch diese Maßnahme verletzt, mit der man sich auch nach zehn Jahren nicht abfinden konnte. Die neue Heeresklassenordnung trägt diesem Umstand Rechnung und bringt wieder die saubere Trennung zwischen den Dienstpflichtigen der drei Heeresklassen und den HD-Pflichtigen aller Altersstufen.

Die Neuordnung der Heeresklassen ist zunächst von großem Einfluß auf die periodischen *Übertritte* und *Neueinteilungen* beim Jahreswechsel. Übertritte in eine höhere Heeresklasse gibt es dieses Jahr nur bei Offizieren, für die bisher die Heeresklassen teilweise anders geordnet waren als für Unteroffiziere und Soldaten. Bei diesen schließt die Streckung der Heeresklassen einen Übertritt in eine höhere Heeresklasse aus: der Jahrgang 1913, der nach den neuen Bestimmungen vom Auszug in die Landwehr übertreten sollte, befindet sich auf Grund der alten Bestimmungen bereits seit vier Jahren in der Landwehr. Dagegen erfolgt auf den Jahreswechsel eine Rückversetzung in jüngere Heeresklassen in erheblichem Umfange:

die Jahrgänge 1914 bis 1916, die heute zur Landwehr gehören, sind ab Neujahr wieder im Auszug,
 die Jahrgänge 1902 bis 1908, die heute zum Landsturm gehören, sind ab Neujahr in der neuen Landwehr,
 die Jahrgänge 1890 bis 1900, die heute dem Hilfsdienst angehören, bilden mit dem Jahrgang 1901 ab Neujahr den neuen Landsturm.

Diese Rückversetzungen in jüngere Heeresklassen sind freilich vorerst in den meisten Fällen von geringer Bedeutung, weil die Truppenordnung 1947 vorderhand noch in Kraft bleibt.

Die wichtigste Folgerung der neuen Heeresklassen liegt in der Notwendigkeit einer *neuen Truppenordnung*. Wohl hat unsere Armee erst 1947 die heutige Truppenordnung erhalten. Tatsächlich hat diese aber der Armee nur wenige Neuerungen untergeordneter Natur gebracht. Ihre Hauptaufgabe lag in einer Inventaraufnahme der auf Grund zahlreicher Erlasse des Bundesrates und der Armeeführung aus dem

Aktivdienst in den Friedenszustand übergetretenen Armeeeorganisation. Eine wirkliche Neuordnung der Truppenorganisation ist erst jetzt möglich, auf Grund der neuen Heeresklassen und der Bestandeszahlen, die heute und in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen. Die Bearbeitung dieser tiefgreifenden Neuordnung erfordert für die Verwaltung und später für die eidgenössischen Räte eine gewisse Zeit und kann bis zum Inkrafttreten der neuen Heeresklassen nicht abgeschlossen sein. Aber durch das Gesetz vom 1. April und durch den Verzicht auf das Referendum ist jetzt der Weg frei für eine Reform unserer Armee an Haupt und Gliedern, deren Hauptaufgabe in der Anpassung an neue Bedürfnisse, an die gegenwärtigen und künftigen Bestände und an die neuen Heeresklassen besteht. Diese Aufgabenstellung läßt schon heute erkennen, daß die künftige Truppenordnung ihre Vorgänger von 1924, 1936 und 1947 an Bedeutung übertreffen wird und wohl nur mit der Truppenordnung von 1911 verglichen werden kann.

Bis zur Einführung der neuen Truppenordnung, die etwa in den Jahren 1951/52 zu erwarten ist, ergibt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen der gegenwärtigen Truppenordnung und den neuen Heeresklassen, die indessen ohne große Bedeutung ist. Die Truppenordnung 1947 hat auch auf die bisherigen Heeresklassen sehr wenig Rücksicht genommen. Trotz den neuen Heeresklassen müssen somit die Einheiten und Truppenkörper vorerst in der bisherigen Zusammensetzung verbleiben, so daß auf Neujahr die durch die gegenwärtige Truppenordnung bedingten üblichen Neueinteilungen erfolgen müssen.

Auf zwei Teilgebieten sind im Laufe dieses Jahres Neuorganisationen erfolgt, die bereits den neuen Heeresklassen und einer neuen Truppenordnung Rechnung tragen. Einmal hinsichtlich der auf den 1. April neu organisierten *Leichten Truppen*. Ihre Auszugstruppen umfassen jetzt schon die 17 Jahrgänge des künftigen Auszuges vom 20. bis 36. Altersjahr; die Jahrgänge der künftigen Landwehr bilden ihre Territorialeinheiten.

Das andere Teilgebiet betrifft die *Truppen des Territorialdienstes*, die diesen Sommer auf Grund von Beschlüssen des Bundesrates und Verfügungen des EMD neu organisiert wurden. Die bisherigen Bewachungskp. des HD, die einesteils HD-Pflichtige aus sanitärischen Gründen, andernteils aus Altersgründen (49.—60. Altersjahr) umfaßt hatten, werden aufgelöst. An ihre Stelle treten Territorialkp. für die Angehörigen des künftigen Landsturmes und die neuen Ortswehren für Angehörige der HD und Freiwillige. Diese *Territorialkp.* dürfen nicht verwechselt werden mit den bisherigen, in Regimentern und Bataillonen organisierten Territorialtruppen der Infanterie, die Wehrmänner der künftigen Landwehr vom 37. bis 48. Altersjahr umfassen. In den neuen Territorialkp. werden Wehrmänner vom 49. bis 60. Altersjahr eingeteilt. Soldaten, die am schweren Mg. oder an schweren Infanteriewaffen ausgebildet sind, werden den Territorialkp. Typus B zugewiesen, die übrigen an Infanteriewaffen ausgebildeten Soldaten den Kompagnien Typus A. Die Territorialkp. Typus A sind für die Bewachung wichtiger Objekte (Gebäude, Brücken usw.) bestimmt; die Kompagnien Typus B werden vor allem zur Überwachung gefährdeter Gegenden (Luftländeräume, Seen usw.) verwendet. Diejenigen Angehörigen der bisherigen HD-Bewachungskp., die aus sanitärischen Gründen HD-pflichtig sind, werden den *neuen Ortswehren* zugeteilt. Diese sind kantonale Hilfsdienstformationen des Territorialdienstes. In größeren Ortschaften können die Ortswehren nach Bedarf und in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse in Formationen für Verbindung und Beobachtung, Bewachung und Sicherung, Unbrauchbarmachung, Hilfspolizei, Straßendienst sowie in Betriebswehren gegliedert werden. Neben HD-Pflichtigen können den Ortswehren auch Wehrmänner des neuen Landsturms und Freiwillige zugeteilt werden. Die Möglichkeiten der Gliederung lassen erkennen, daß die künftigen Ortswehren einen wesentlich größeren Aufgabenkreis zu erfüllen haben als die bisherigen und ihnen offenbar auch gewisse Aufgaben der heutigen Luftschutzorganisation übertragen werden sollen. Für das nächste Jahr beantragt der Bundesrat den eid-

genössischen Räten Organisationsmusterungen der neuen Territorialkp. und Ortswehren, wobei mit Beständen von 36 000 Mann für die Territorialkp. und von 30 000 Mann für die Ortswehren gerechnet wird. Diese Zahlen zeigen, welchen erheblichen Umfang die territorialdienstliche Organisation unserer Armee angenommen hat.

Auf dem Gebiet der *Ausbildung* wird die Inkraftsetzung der Novelle vom 1. April wesentlich geringeren Schwierigkeiten begegnen als auf dem Gebiete der Truppenordnung. Als wesentliche Neuerungen seien die Verlängerung der Kadervorkurse auf drei Tage für die Offiziere und zwei Tage für die Unteroffiziere, sowie die Verlängerung der Unteroffiziersschule auf vier Wochen genannt. Beide Neuerungen können vom nächsten Jahr an ohne weiteres durchgeführt werden. Dagegen bestimmen die neuen Gesetzesartikel nicht mehr, in welchen Jahren der Wehrmann seine WK zu leisten hat. Es wird Aufgabe des Bundesrates sein, die Verteilung der acht WK auf die 17 Auszugsjahre zu regeln.

Unter den verschiedenen Ausführungsbestimmungen, die mit der abgeänderten MO auf Anfang 1950 in Kraft treten, sind als wichtigste zu erwähnen: das neue *Verwaltungsreglement*, das auf Grund von Beschlüssen der Bundesversammlung eine wesentliche Vereinfachung in der Verwaltung der militärischen Schulen und Kurse bringen wird, und die neue *Beförderungsverordnung* vom 6. September 1949, die das unübersichtlich gewordene Flickwerk der Verordnung von 1939 ersetzt.

Miles

Die unbedingte Bejahung der Landesverteidigung ist die unausweichliche Folgerung und das Merkmal des Staatsbewußtseins.

Max Huber